

Gerade hat China die Gründung eines Binnenmarktes für den Asien-Pazifikraum (RCEP) bekannt gegeben, der künftig mehr als zwei Milliarden Menschen umfasst. Die EU muss den Austritt der Briten verkraften, die USA werden ihre Rolle nach der Wahl von Joe

Biden zum nächsten US-Präsidenten neu definieren.

In einem ausführlichen Gespräch mit Convoco-Gründerin Corinne Flick analysiert der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, Gabriel Felbermayr, Europas derzeitige Situation. Ein Auszug.

Herr Felbermayr, die Weltordnung befindet sich im Umbruch. Was zeichnet die neue globale Wirtschaftsordnung aus?

Die neue Weltwirtschaftsordnung ist vor allem eines nicht: eine Ordnung im Sinne verlässlicher, transparenter Regeln und klarer Maßnahmen zur Überwachung oder Durchsetzung von Regeln. Neu ist, dass wir ein Stück weit zurückfallen in die Zeit des Kalten Krieges, also in eine Zeit, in der die politischen und wirtschaftlichen internationalen Beziehungen vom Systemwettbewerb geprägt sind. Der heutige Systemwettbewerb zwischen den USA und China hat bereits ein prominentes Opfer gefordert: die Welthandelsorganisation (WTO), die in der Zeit vor diesen Systemrivalitäten im Welthandel die Regeln gesetzt, überwacht und durchgesetzt hat. Die WTO kann nicht funktionieren, wenn die nach wie vor größte Volkswirtschaft der Welt, die USA, ihr die Unterstützung entzieht und egoistisch auf die Durchsetzung der eigenen Interessen setzt. Das bedeutet sehr viel mehr Unsicherheit. Neben dieser Zunahme an Unsicherheit sehen wir noch eine zweite Entwicklung: Die Durchsetzung von Ansprüchen erfolgt nicht mehr im System, zum Beispiel der Welthandelsorganisation, wo es klare Verfahrenswege, Rechtsmittel und Handlungsbeschränkungen gibt. Wir fallen zurück zu dem, was man als „might is right“ bezeichnen könnte, also das Recht des Stärkeren. Recht hat, wer sich faktisch durchsetzen kann. Das ist eine Rückkehr in eine Ordnung, wie wir sie vor dem Zweiten Weltkrieg gesehen haben, also vor der Gründung der globalen Institutionen.

Wenn Macht der neue Faktor ist, muss Europa zusammenarbeiten.

Genau, die Einigkeit Europas spielt eine große Rolle darin, dieser neuen Situation gerecht zu werden. Gerade Europa ist ein gutes Beispiel dafür, wie weit man mit regelbasierter wirtschaftlicher und politischer Kooperation kommen kann. Im Prinzip ist die Europäische Union die Welt im Kleinen. Hier haben sich sehr

unterschiedliche Länder zusammengeschlossen. Sie haben einen gewissen Souveränitätsverzicht hingenommen, dafür aber für ihre Bürger individuelle Freiheiten erlangt – die Freiheit, Handel zu treiben, Kapital anzulegen und dort zu sparen, zu investieren und arbeiten zu dürfen, wo man will. Diese individuellen Freiheiten beleben die marktwirtschaftliche Dynamik.

Man muss befürchten, dass die Zunahme von Unsicherheit und Machtpolitik, die wir auf der Weltbühne sehen, auch in der Europäischen Union Einzug hält. Mit dem Brexit und auch mit den Schwierigkeiten, die wir mit manchen osteuropäischen Ländern haben, sehen wir das bereits. Diese Erosion Europas macht mir große Sorgen. Deswegen müssen wir in Europa die regelbasierte Integration weiterführen und sicherstellen, dass der Binnenmarkt funktioniert.

Können wir hier aus den Erfahrungen der EU Lehren ziehen?

Ja, denn wir haben in Europa ein Problem, das wir auch auf der ganzen Welt haben, nämlich dass wir ein hohes Maß an Heterogenität beobachten. In Europa haben wir Länder, die sehr marktwirtschaftlich geprägt sind, und andere, die eine stärkere staatswirtschaftliche Tradition haben. Wir sehen große Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen sowie im Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft und zwischen Individuum und Kollektiv. In Europa haben wir gelernt, mit diesen Heterogenitäten umzugehen. Das haben wir beispielsweise dadurch, dass wir, ohne dass es dazu ein klares politisches Bekenntnis gibt, ein Europa der variablen Geschwindigkeiten und der variablen Geometrie haben entstehen lassen. Nicht alle EU-

Länder haben den Euro und nicht alle sind im Schengenraum. Dann gibt es die Länder der EFTA, des Europäischen Freihandelsgebiets, die außerhalb der EU liegen, aber trotzdem Mitglieder des europäischen Wirtschaftsraums und damit Teil des EU-Binnenmarkts sind. Die Türkei hat wiederum eine Zollunion mit der Europäischen Union und damit dieselbe Außenhandelspolitik, sie ist aber nicht im Binnenmarkt. Mit dem Brexit wird jetzt alles noch komplexer. Diese Vielfalt kann man natürlich beklagen, aber ich finde, das greift zu kurz. Wir haben nun einmal diese unlegbaren Unterschiede zwischen den europäischen Ländern, und die erfordern, dass es einen Ordnungsrahmen gibt, der flexibel, auch ein bisschen unordentlich ist und der sich über die Zeit verändern darf.

Für den globalen Ordnungsrahmen brauchen wir auch etwas Flexibles, das unterschiedliche Gruppierungen erlaubt. Die Regeln der WTO sind für alle gleich, obwohl die Länder so unterschiedlich sind. Wir brauchen daher eine Abkehr vom „One size fits all“-



INTERVIEW VON CORINNE M. FLICK

Europas Rolle in der Weltwirtschaft

Die Gründerin der Convoco-Stiftung spricht regelmäßig mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Diese Woche mit Gabriel Felbermayr, dem Präsidenten des Instituts für Weltwirtschaft



Was ist CONVOCO?
Die Convoco-Stiftung bietet unterschiedliche Plattformen, die einen freien und interdisziplinären Gedankenaustausch zu gesellschaftlich relevanten Fragen ermöglichen und die Debatte beflügeln: Es gibt Lectures in Berlin und London, eine Konferenz (das Convoco-Forum) in Salzburg. Im Convoco-Podcast spricht Corinne Flick, Gründerin und Vorstand der Stiftung, alle zwei Wochen mit wichtigen Vertretern der Gesellschaft. Das aktuelle Gespräch lässt sich hier hören:



Ansatz. Das könnte im Rahmen des Welthandels so aussehen, dass wir mehr plurilaterale Abkommen schließen. Plurilateral heißt, dass nur einzelne Gruppen der 164 Mitglieder der WTO Abkommen schließen. Wir müssen uns darüber verständigen, wie solche plurilateralen Abkommen aussehen sollen, zum Beispiel ob einzelne Länder Vetorechte haben wie bisher üblich. Angenommen, Europa, Japan oder die OECD-Staaten wollen im Bereich digitaler Güter stärker zusammenarbeiten, dann darf es nicht sein, dass irgendein anderes Land, das nicht mitmachen will, ein Vetorecht hat. Wir müssen dabei auch Sorge tragen, dass die Vorteile, die sich Länder innerhalb eines solchen plurilateralen Abkommens zugestehen, nicht diffundieren und allen WTO-Mitgliedern zur Verfügung stehen, damit das „Trittbrettfahrertum“ sich nicht ausbreitet. Man muss in der WTO Raum für diese Flexibilität schaffen.

Die multilaterale Zusammenarbeit kommt also an ihr Ende, aber es muss nicht unbedingt bilateral werden?

Genau. Ein Problem hätten wir, wenn die Welt wirklich in zwei oder drei sehr klar und eindeutig abgetrennte Räume zerfallen würde, beispielsweise einen europäischen, einen nordamerikanischen und einen ostasiatischen Raum, die sich weitgehend abdichten. Das ist nicht die Idee der variablen Geometrie. Die variable Geometrie ist geprägt durch Pragmatismus. Das heißt zum Beispiel, dass Europa je nach Themenkomplex mit China, den USA oder anderen Drittstaaten zusammenarbeitet. Das entspricht auch dem europäischen Modell mit seinen unterschiedlichen Organisationsebenen, die sich überlappen und sehr viele Kommunikations- und Austauschverhältnisse zulassen. Das brauchen wir weltweit. Insofern ist es ein gleitender Übergang von bilateral zu plurilateral zu multilateral. Am Ende müssen wir Sorge tragen, dass wirklich jede Weltregion mit jeder anderen Übereinkünfte suchen und finden kann, wo sie pragmatisch Sinn machen.

Sie sagen, Europa müsse ein geeignetes Konzept ökonomischer Souveränität definieren. Ist der Ausbau des Binnenmarkts Teil eines solchen Konzepts?

Ja, ganz sicher. Der Binnenmarkt ist ein Ziel für sich, weil er Wohlstand bringt, aber er ist auch ein Instrument, um die Erpressbarkeit gegenüber den USA oder China zu reduzieren. Das Thema ökonomische Souveränität ist in der Politik jetzt sehr stark vertreten. Wichtig ist, dass es letztlich nicht um die Souveränität der Europäischen Union oder der Mitgliedsländer geht, sondern um möglichst viele Freiheitsrechte für die Europäer insgesamt. Dazu gehört auch die Frage, welche geostrategische Bedeutung der Euro hat. Wir müssen den Euro nicht nur unter geld- oder umverteilungspolitischen Aspekten diskutieren, sondern auch als Instrument neben dem Binnenmarkt sehen, mit dem wir unsere individuellen Freiheitsrechte in der Welt behaupten können.

China versucht, mit der „17+1“-Initiative die europäischen Länder zu spalten. Wie kann man dem entgegenwirken?

China bietet diesen 17 Ländern vor allem wirtschaftliche Vorteile: Investitionen in die Infrastruktur, Technologietransfers, Kredite und Zugang zum chinesischen Markt. Es gibt jetzt für den eurasischen Zwischenraum also eine Alternative zu Brüssel. Diese Wahlmöglichkeiten werden von den Ländern in Osteuropa genutzt. Sie müssen sich nun von Europa nicht alles gefallen lassen, weil sie mit China eine Alternative zum europäischen Geldgeber haben. Auch das ist Teil der neuen Weltwirtschaftsordnung, auf die sich Europa einstellen muss. Wir müssen Gestaltungsräume, die wir im eurasischen Raum verloren haben, zurückgewinnen. Wir müssen mehr Geld in die Hand nehmen und den Chinesen ein Stück weit entgegeninvestieren. All das, was China bietet, kann Europa ja eigentlich deutlich besser. Der Euro ist international konvertibel, was der Renminbi noch immer nicht ist. Europa ist zudem ein relativ offener, freiheitlicher Raum, in dem man nicht nur investieren, sondern auch wieder desinvestieren darf. Auch das ist in China nicht der Fall. Wir haben also gute Karten, wir müssen sie nur einsetzen.

Wie wird sich das asiatische Freihandelsabkommen RCEP auswirken?

In der Region gab es schon vor RCEP zwischen allen beteiligten Ländern Freihandelsverträge, außer zwischen Japan und China und zwischen Japan und Korea. Diese Lücken wurden nun gefüllt; daher sind diese drei Länder, allen voran Japan, die größten Profiteure. Neben dieser Ausweitung bringt RCEP eine Vereinheitlichung der teilweise sehr unterschiedlichen bisher geltenden Regeln, etwa



Präsident Gabriel Felbermayr leitet das Institut für Weltwirtschaft in Kiel

der Ursprungsregeln oder von technischen Standards. Davon profitieren vor allem die industriestarken Länder. Denn das Dienstleistungskapitel in RCEP geht kaum über die Standards der WTO hinaus, und wichtige Teile – zum Beispiel zu E-Commerce – unterliegen nicht der Streitbeilegung. Zudem hat sich der potenzielle Dienstleistungs-Champion Indien 2019 aus den Verhandlungen zurückgezogen.

Europa hat mit wichtigen RCEP-Partnern bereits bilaterale Handelsabkommen, zum Beispiel mit Japan, Südkorea, Singapur oder Vietnam. Mit den anderen ASEAN-Ländern wird aktuell verhandelt, ebenso mit Australien und Neuseeland. Der Druck, hier zu Abschlüssen zu kommen, steigt. Wenn das nicht gelingt, droht Europa aus diesen wichtigen Märkten gedrängt zu werden.

Was ist Ihre größte Hoffnung in Bezug auf die Veränderung unserer Gesellschaft?

Meine größte Hoffnung ist, dass wir den Weg der Aufklärung weiter begehen. Wenn das Vertrauen verschwindet und immer die Angst besteht, dass Arbeitsteilung dazu führt, dass man sich abhängig macht und diese Abhängigkeit missbraucht wird, dann haben wir schlechte Karten, die großen Herausforderungen wie den Klimawandel oder die demografischen Veränderungen bewältigen zu können. Deswegen ist meine große Hoffnung, dass wir das Vertrauen erhalten. ■